

Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner ist einer der Väter der Renten- Ein Heilandsack für mehr

Das parlamentarische Ringen um die Altersreform 2020 war episch, aggressiv. Jetzt kommt der Abstimmungskampf. SGB-Präsident Paul Rechsteiner blickt zurück und nach vorne.

CHRISTINA SCHEIDEGGER, CLEMENS STUDER

work: Die Altersreform 2020, die Sie massgebend geprägt haben, kam mit dem knappstmöglichen Resultat durch den Nationalrat. Sie standen hinten im Saal und kommentierten die 101 Ja-Stimmen mit «Heilandsack» Warum?

Paul Rechsteiner: Das war meine spontane Reaktion auf das extrem ökonomische Resultat: keine Stimme zu viel, keine zu wenig.

Ein erleichtertes Heilandsack also?

Ja, da war viel Erleichterung dabei. Der Prozess um die Altersreform 2020 war ein Krimi. Der Bundesrat schlug zu Beginn eine Abbauvorlage vor. Höheres Rentenalter für Frauen, Senkung des Umwandlungssatzes, keinen garantierten Teuerungsausgleich mehr für Rentnerinnen und Rentner, Teilrückzug des Bundes aus der AHV-Finanzierung und so weiter. Wir haben im parlamentarischen Ringen die Vorlage stark verbessern können. Und das trotz dem Rechtsrutsch bei den Wahlen 2015 und trotz den vielen Zweiflerinnen und Zweiflern, die sagten: bei diesen Machtverhältnissen ist es unmöglich, noch etwas zu erreichen.

Sie haben für den Kompromiss mit der CVP und der BDP zusammengespant. Ausgerechnet Vertreter dieser Parteien brachten kurz nach der Schlussabstimmung im Nationalrat über die jetzige Vorlage das Rentenalter 67 wieder ins Spiel. Ärgert sie das?

Nein. Niemand kann ernsthaft glauben, das Rentenalter 67 hätte irgendeine Chance beim Volk. Ausserdem wird die Vorlage am 24. September an der Urne nicht parteipolitisch entschieden.

Wie meinen Sie das?

Die Menschen schauen sich genau an, was die Vorlage für ihre Renten bringt. Es ist zwar wichtig, dass möglichst viele Parteien Ja zur Reform sagen, aber am Schluss werden nicht Parteiparolen die Abstimmung entscheiden. Es werden die Betroffenen selber sein, die ausgehend von ihrer persönlichen Situation Ja oder Nein stimmen werden. Und weil die Vorlage insgesamt viele Vorteile für viele Menschen bringt, gehe ich von einem Ja aus. Aber wir müssen dafür kämpfen.

Sie sind also trotz dem Widerstand von rechts und zum Teil auch in den eigenen Reihen zuversichtlich?

Ja, wenn wir die Vorteile der Reform gut erklären. Ich habe während und nach der Session im Bundeshaus so viele direkte Reaktionen wie noch nie bekommen. Die Leute haben die Debatte genau verfolgt. Die Stossrichtung der Reaktionen war: «Endlich geht wieder einmal etwas bei den Renten.» Aber es kommen auch viele Fragen. Etwa: Warum bekommen die bisherigen Rentner nicht mehr?

Und was antworten Sie darauf?

Die bisherigen Rentnerinnen und Rentner haben von der Revision keine Nachteile. Es ist uns gelungen, sämtliche Verschlechterungen abzuwehren. Und die AHV ist jetzt bis mindestens ins Jahr 2030 solide finanziert. Das ist auch für die aktuelle Rentnergeneration zentral.

Also Verteidigung statt Verbesserung.

Wie gesagt: Menschen, die bereits Rente beziehen, haben keine Verschlechterung. Die Rentenverbesserungen für Neurentnerinnen und -rentner werden via Lohnpromille ausschliesslich von den kommenden Generationen finanziert. Und die haben ja auch die Nachteile des höheren Frauenrentenalters und des sinkenden Umwandlungssatzes in der Pensionskasse.

Sie werden als Linker und Gewerkschafter in die Geschichte eingehen, der die Erhöhung



des Frauenrentenalters einfach geschluckt hat. Obschon die Frauen immer noch weniger verdienen als die Männer.

Das ist der grosse Negativpunkt. Ich habe den Antrag gestellt, die Erhöhung zu streichen – erfolglos. Nicht einmal alle Ständerätinnen und Ständeräte von SP und Grünen haben mich unterstützt. Jene, für die ausschliesslich das Frauenrentenalter zählt, kommen zu einer negativen Bilanz. Jenen, die alles andere ausblenden, kann man wenig entgegenhalten. Doch ziehen wir bei diesem Mischpaket eine Gesamtbilanz, fällt sie klar positiv aus. Die bisherigen Debatten in den Gewerkschaften zeigen, dass die Vorlage von links grossmehrheitlich positiv bewertet wird. Vor allem auch, weil die Entwicklung in die richtige Richtung geht und nach 40 Jahren Stillstand die Renten endlich wieder verbessert werden. Damit wird eine neue Etappe in der AHV-Geschichte eingeleitet.

Damit wird eine neue Etappe der AHV-Geschichte eingeleitet.

Für Sie ist die Altersreform 2020 in der vorliegenden Form historisch?

Ja, man muss das im historischen Zusammenhang sehen. Die erste Etappe waren die 30 Jahre Kampf vom Generalstreik bis 1948. Damals gelang endlich die Einführung der AHV nach vielen Niederlagen, bei noch sehr tiefen Renten. Die zweite Etappe war der grosse Ausbau in den 1970er Jahren, die sogenannten Tschudi-Reformen. Die dritte Etappe waren die Gleichstellungsfortschritte in den 1990er Jahren. Und die aktuelle Reform wäre die vierte Etappe mit einer Stärkung der AHV nach Jahrzehnten der Stagnation. Eine Bewegung weg von den Pensionskassen in der Krise hin zur AHV. Das ist ja nur logisch: Wenn die Pensionskassen für immer mehr Geld immer weniger bringen, muss die AHV gestärkt werden.

Wie erklären Sie sich den geradezu verbissenen Widerstand der Rechten?

Das liegt genau an dieser Stärkung der AHV. Die Rechten wollen dies um keinen Preis. In der Einigungskonferenz zwischen National- und Ständerat ging es von rechts höchst emotional und aggressiv zu. Die 70 Franken mehr AHV konnten sie einfach nicht ertragen. Sie hätten alles gemacht, um diese Verbesserung zu verhindern.

Das tönt ein wenig psycho.

Die AHV ist das sozialste Stück Schweiz und die grösste Errungenschaft der Schweizer Arbeiterbewegung. Sie gleicht nicht nur zwischen den Generationen aus, sondern auch zwischen Superreichen und Reichen auf der einen Seite und den Niedrig- und Mittelverdienenden auf der anderen. Die AHV demonstriert, wie effizient Solidarität ist. Und dies in einer Gesellschaft, in der es der Solidaritätsgedanke sonst gar nicht einfach hat. Die AHV ist gelebte Solidarität – das ist den rechten Parteien ein Dorn im Auge.

Linke, die der Altersreform 2020 wegen der Heraufsetzung des Frauenrentenalters ablehnend gegenüberstehen, sagen, der Entscheid zwischen Ja oder Nein sei ein Entscheid zwischen Kopf und Herz. Haben Sie kein Herz, Paul Rechsteiner?

Mein Herz schlägt für das grösste und wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Doch in den parlamentarischen Auseinandersetzungen spielt Strategie eine zentrale Rolle, da ist ein kühler Kopf wichtig. Was wir erreicht haben, ist eine Herzensangelegenheit. Es geht um die entscheidende Frage: Gibt es endlich wieder ein bisschen mehr Geld im Alter? Das ist für die meisten Menschen in diesem Land entscheidend.

Was bringt die Vorlage den Frauen?

Ein Beispiel von vielen: Heute haben 500 000 erwerbstätige Frauen keine oder fast keine zweite Säule, weil die Pensionskassen bei kleinen Ein-

kommen nicht funktionieren. Für diese halbe Million Frauen bringt die Vorlage auf einen Schlag 840 Franken mehr Rente im Jahr. Bei den Verheirateten sind es sogar bis zu 2712 Franken im Jahr.

Was sind schon 840 Franken mehr gegen ein ganzes Jahr länger arbeiten?

Auch Economiesuisse, der Arbeitgeberverband, die FDP und die SVP versuchen, diese 12x70 Franken lächerlich zu machen. Wer das macht, hat einfach keine Ahnung von der Lebenswirklichkeit der Rentnerinnen und Rentner in diesem Land. Wie viele Male bin ich in den letzten Tagen von Leuten angesprochen worden, wie gut sie diese 70 Franken brauchen könnten. Auch bei den Löhnen wären das Zuschläge, die man spürt.

Es bleibt der Fakt, dass es lange gewerkschaftlicher Konsens war, keiner Erhöhung des Frauenrentenalters mehr zuzustimmen. Und schon gar nicht, bevor die Lohngleichheit in der Verfassung umgesetzt ist. Die Unia-Delegiertenversammlung hat deshalb gleichzeitig mit ihrem Ja zur Altersreform 2020 den Antrag für eine Subito-Initiative an den Gewerkschaftsbund gestellt. Gleicher Lohn, subito!

Dass bei der Lohngleichheit etwas passieren muss, ist klar. Aber mit einem Nein zur Altersreform 2020 kommen wir der Lösung dieses Problems keinen Schritt näher. Wie wir die Lohngleichheit erreichen, werden wir diskutieren müssen. Denn da gehen die Meinungen auseinander.

Und Sie? Was denken Sie?

Für diesen Sommer hat der Bundesrat eine Vorlage angekündigt. Schon jetzt ist klar, dass diese relativ zahlos sein wird. Aber immerhin kommt vom Bundesrat ein Vorschlag, trotz dem rechten Widerstand. Wir werden ihn genau studieren müssen. Gibt es Möglichkeiten zur Verbesserung der Vorlage im parlamentarischen Prozess? Wel-

Reform AHV

LANGE TRADITION: SGB-Präsident Paul Rechsteiner vor dem Hans-Erni-Plakat, das 1947 erfolgreich für die Einführung der AHV warb. FOTO: MANU FRIEDERICH

che Koalitionen können allenfalls geschmiedet werden, um die Vorlage zu verbessern?

Sind Sie optimistisch, in Zeiten der neuen Pussyhat-Frauenbewegung?

Politik ist keine Frage von Optimismus oder Pessimismus. Das zeigt auch die Altersreform. Wir mussten versuchen, in einer unübersichtlichen Ausgangslage das Beste herauszuholen. Wenn die Linke wach ist, bringt sie auch etwas zustande. Bei der Altersvorsorge ist das so, aber auch bei der Unternehmenssteuerreform III war das so. Und auch bei der Lohnungleichheit wird das hoffentlich so sein. Dank den neuen Frauenbewegungen müsste der Druck auf das Parlament steigen.

Zum Schluss bitte eine Prognose: Wie lange arbeiten wir im Jahr 2050?

Die Zukunft hat ja vor allem an sich, dass sie ungewiss ist. Wir Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, dass wir die Weichen für eine soziale Schweiz stellen können. Bei der AHV ist das vorläufig geglückt. Mit einem Ja am 24. September ist sie bis mindestens 2030 solide finanziert. Das ist eine lange, lange Zeit.

Warum das **Schweizer Rentensystem** eines der stabilsten ist, lesen Sie im **1x1 der Wirtschaft** auf Seite 11.

workfrage: Was halten Sie vom AHV-Kompromiss des Parlaments?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



MANN UND FRAU SIND GLEICHBERECHTIGT. DAS GESETZ SORGT FÜR IHRE RECHTLICHE UND TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG, VOR ALLEM IN FAMILIE, AUSBILDUNG UND ARBEIT. MANN UND FRAU HABEN ANSPRUCH AUF GLEICHEN LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT.

BUNDESVERFASSUNG ART. 8, ABSCHNITT 3

Seit 35 Jahren steht die Lohnungleichheit in der Schweizer Verfassung, wird aber immer noch nicht durchgesetzt: Die Unia geht in die Offensive

Noch über 80 Jahre wird es bis zur Lohnungleichheit dauern, wenn es weitergeht wie bisher. Das darf nicht sein, sagt die Unia. Und verlangt vom Gewerkschaftsbund die Prüfung einer Subito-Initiative zur Durchsetzung der Lohnungleichheit.

SABINE REBER

Die Lohnungleichheit von Mann und Frau steht seit über 35 Jahren in der Verfassung und seit mehr als 20 Jahren im Gleichstellungsgesetz. Aber dennoch verdienen die Frauen in der Schweiz noch immer rund 20 Prozent weniger als die Männer. Noch immer sind die Löhne in jenen Branchen tief, in denen vor allem Frauen arbeiten. Frauen erhalten auch weniger Boni und landen oft in schlechteren Lohnklassen. Sie leisten zudem 8,7 Milliarden Stunden unbezahlte Care-Arbeit im Jahr. Und: Ihre Renten sind tiefer als die der Männer. Ganze 37 Prozent beträgt derzeit der durchschnittliche Einkommensunterschied zwischen pensionierten Männern und Frauen.

TIEFE FRAUENRENTEN

Der gigantische Lohnklauf an den Frauen ist bekannt und bestens dokumentiert. Seit Jahren. Und seit Jahrzehnten gehen Generationen von Frauen gegen diese Ungerechtigkeit auf die Strasse. Zuletzt am 18. März am Frauenmarsch in Zürich. Eine neue, junge Frauenbewegung macht sich in Zeiten des «Trumpismus» auch in der Schweiz bemerkbar. Sie ist entschlossen, Sexismus und Diskriminierung entgegenzutreten. Zum Beispiel der ewigen und verfassungswidrigen Lohnungleichheit.

Diese überschattet auch die aktuelle Diskussion um die AHV-Revision (siehe Interview mit Paul Rechsteiner). Vor allem Westschweizer Linke und Gewerkschaften wenden sich gegen die im Parlament äusserst knapp beschlossene AHV-

Vorwärts statt rückwärts!

Der Subito-Vorschlag der Unia kommt genau richtig, denn wir brauchen jetzt Vorwärtsstrategien und keine Rückwärtssaltos. Die Diskussion um die Rentenreform hat gezeigt, dass die Lohndiskriminierung lebenslange finanzielle Folgen für die Frauen hat. Die Vorschläge des Bundesrates reichen nicht im entferntesten, um das Unrecht zu korrigieren! Wir sollten die Beweislast umkehren, wie es auch Island plant. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss endlich durchgesetzt werden. Ausserdem sollte ein Passus in die Initiative, der auch die Diskriminierung aufgrund von Familien- und Betreuungsarbeit beseitigt.

REGULA RYTZ, PRÄSIDENTIN GRÜNE PARTEI SCHWEIZ



«Die Zeit ist reif, einen grossen Schritt nach vorne zu wagen.»

UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA

Revision. Weil sie das Frauenrentenalter von 64 auf 65 erhöhen will. Sie haben nun das Referendum dagegen lanciert. Sowohl die Unia als auch der Gewerkschaftsbund sprechen sich aber für den Kompromiss



Überfällig!

Eine Durchsetzungsinitiative zur Lohnungleichheit halte ich für überfällig! Jetzt müssen wir mit der Gleichstellung in die Offensive, zumal das Frauenrentenalter so leichtfertig geopfert wurde. Ausserdem: Nur wenn auch linke Parteien und Gewerkschaften bei der Gleichstellung vorwärtsmachen, können wir etwas verändern. Darum fordern wir, dass SP-Männer nicht mehr an reinen Männerpodien teilnehmen und dass intern stärkere Frauenförderungsprogramme umgesetzt werden.

VIRGINIA KOEPLI, GL-MITGLIED JUSO UND SP FRAUEN

aus. Da ein «erfolgreiches Referendum lediglich den Status quo erhalten» würde. An der Lohndiskriminierung änderte es aber nichts. Und das sei unbefriedigend. Unia-Chefin Vania Alleva sagt es so: «Bei der Altersvorsorge wird besonders deutlich, wie skandalös die Lohndiskriminierung ist. Das systematische Lohndumping, von dem Frauen während ihres ganzen Erwerbslebens betroffen sind, führt zusammen mit familiär bedingten Erwerbsunterbrüchen und unfreiwilliger Teilzeitarbeit zu klar tieferen Altersrenten. Der Verfassungsartikel von 1981 und das Gleichstellungsgesetz von 1996 haben daran kaum etwas geändert.»

Mehr als 500 000 pensionierte Frauen leben in der Schweiz allein von der AHV, weil sie zu wenig verdient haben, um in die zweite Säule einzahlen zu können. Alleva ist überzeugt: «Damit die Frauen bessere

Renten bekommen, muss die Lohnungleichheit beseitigt und die Arbeit gerechter verteilt werden.» Nun gelte es, alle Kräfte zu bündeln und «zusammen in die Offensive zu gehen: Die Zeit ist reif, einen grossen Schritt nach vorne zu wagen.»

SUBITO-INITIATIVE

Der Bundesrat will das Gleichstellungsgesetz revidieren. Doch seine Vorschläge für mehr Lohnungleichheit sind lahm und zahnlos. Firmen mit über fünfzig Angestellten sollen zwar verpflichtet werden, alle vier Jahre eine Lohnanalyse durchzuführen. Dabei müssten sie aber nur zeigen, dass sie die Löhne von Männern und Frauen verglichen haben. Nicht, was das Resultat ist. Staatliche Kontrollen und Sanktionen sind keine geplant. Sogar diese Alibiübung

Sofort umsetzen!

Es reicht! Die Umsetzung von Lohnungleichheit und Gleichberechtigung in Wirtschaft und Gesellschaft ist ohne Wenn und Aber sofort umzusetzen!>

CORRADO PARDINI, UNIA-INDUSTRIECHEF, SP-NATIONALRAT



sties in der Vernehmlassung auf heftigsten Widerstand seitens der Unternehmerverbände und wird von den rechten Parteien im Parlament schärfstens bekämpft. Bis im Sommer will Gleichstellungsministerin Simonetta Sommaruga nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Doch sie wackelt im scharfen Gegenwind.

Darum hat die Unia jetzt eine Resolution zuhanden des Gewerkschaftsbundes (SGB) verabschiedet. Corinne Schärer von der Unia-Geschäftsleitung: «Es muss jetzt

Das Volk mobilisieren!

Viele Frauen bekommen für gleichwertige Arbeit nicht den gleichen Lohn wie Männer. Obschon die Bundesverfassung das vorschreibt. Und zwar seit gut 35 Jahren. Die Unia-Delegiertenversammlung vom 24. März möchte das ändern. Der Gewerkschaftsbund könnte doch das Volk mobilisieren. Mit einer Durchsetzungsinitiative: Tun, was in der Verfassung steht. Typisch Unia.»

HELMUT HUBACHER, EHEMALIGER SP-PRÄSIDENT



etwas gehen, und zwar schnell!» Die Resolution fordert die Prüfung einer Subito-Initiative zur Durchsetzung der Lohnungleichheit. Der SGB hat die Resolution entgegengenommen. Das Ziel ist unbestritten, der schnellste Weg dazu wird nun diskutiert. work bleibt dran.